

Die Blockade überwinden

Vom Ende einer politischen Option...

Die Glocke schellt, es spricht der Ratspräsident „Ich gebe Ihnen das Resultat der Abstimmung bekannt: Sie haben sich nicht entschieden.“ Mit diesen Worten enden in letzter Zeit häufig die Debatten im Kantonsrat. Die rechte Ratsseite (SVP inkl. SD und FDP) hat 91, die linke Ratsseite 89 Sitze.

Zwar kommt es immer mal wieder vor, dass sich ein gemässigter SVPLer im richtigen Moment einen Zweier genehmigt oder sich eine rest-liberale FDPlerin ihren Mut mit einem dissidenten Biss in den Pausenapfel beweist. Mit Episoden lässt sich aber das **für die SP zwiespältige Wahlergebnis 2003** nicht korrigieren! Dabei erinnern wir uns doch gerne an jenen 6. April 2003, an dem die SP und die Grünen sagenhafte 10, resp. 3, Parlamentssitze und einen Regierungsratssitz (mit Regine Aeppli) hinzugewannen. Nicht dem Herausgeber dieses Blattes, sondern der Wahrheit, zuliebe sei erwähnt, dass es die städtische SP-Wählerschaft war, die sich mobilisierte, um neuen Mehrheiten im Kanton zum Durchbruch zu verhelfen, wie sie in der Stadt Zürich seit Jahren gegen die Opposition der SVP erfolgreich ist. Die schallende elektorale Ohrfeige, welche dabei die FDP (7 Sitzverluste, Beinahe-Abwahl von Regierungsrat Jeker) kassierte, war aber gleichzeitig das **Ende einer politischen Option für die Linke** im Kanton. Die FDP entschied sich, auf ein strategisches Bündnis mit der SVP zu setzen und die Konfrontation mit der groben rechten Schwester wo immer möglich zu vermeiden. Zum einseitigen Pakt zwischen Doris Fialas FDP und dem Kompetenzzentrum für Faxgeräte an der Nüscherstrasse gehört seither, dass die Zusammenarbeit mit der SP auf das reglementarische Minimum reduziert werden muss. Ausnahmen in der Bildungs- und Gesundheitspolitik bestätigen lediglich die Regel.

Wegen des Sitzverteilungssystems „Pukelsheim“ ist eine erneute SVP-FDP-SD-Mehrheit unsicher geworden. Die Wählerschaft kann es im April 2007 den ItalienerInnen gleichtun und wie diese vor drei Wochen „voltar pagina“ - eine Seite weiterblättern.

...zu neuen rot-grün-liberalsozialen Horizonten?

Die Linke konnte in den vergangenen vier Jahren oft auf Partnerinnen in der Mitte (CVP, EVP inkl. EDU und Grünliberale) zählen. In wechselnden Formationen, aber immer gegen die SVP, gelangen der SP wichtige Erfolge in Volksabstimmungen. Kantonsverfassung, Volksschulgesetz, Krankenkassenprämien, Integrationskurse und Glattalbahnhof waren Meilensteine am Weg zu neuen Machtverhältnissen im Kanton. Selbst eine überraschend knappe Niederlage beim Abbauprogramm 04 geriet zum Erfolg: SVP und FDP wagten es nicht, mitten in den Sparpaketen auch noch den Spitzensteuersatz zu senken und organisierten zur Sicherheit ihre Niederlage im Rat gleich selber.

Wie Bern gezeigt hat, ist zwar eine rot-grüne Regierungsmehrheit auch in Zürich keine Utopie. Selbst „bürgerlich“ empfindende WählerInnen wollen seit der Blocher-Wahl Gegensteuer geben, die SVP kann sich nicht auf die Unterordnung der liberalen Wählerschaft verlassen. Die Leistungsausweise der bestehenden linken Stadt-Regierungen lassen sich auf der anderen Seite sehen. Strukturell bleibt die Linke aber auch im Zürcher Kantonsrat auf **Bündnisse zur Mitte hin** und damit auf die eigene Flexibilität und Verhandlungsbereitschaft angewiesen. Eine Notwendigkeit, die dem Kanton Zürich sicher nicht schadet....

Was gewinnt die Wählerschaft, wenn eine Mitte-Links-Mehrheit zu Stande kommt? Es sind dann Fortschritte möglich, wo SVP und FDP seit 1999 bestenfalls die totale Blockade, häufig aber Destruktion betrieben haben:

- Für eine aktive **Raumplanungs- und Verkehrspolitik**, welche die und unkontrollierte Ausdehnung der Agglomerationen lenkt Lebensqualität in die Ortskerne zurückbringt. Mit seinen Agglomerationsprogrammen stellt der Bund bald die notwendigen Mittel zur Verfügung. Zürich darf diese Chance nicht verschlafen!
- In der **Umweltpolitik**, die jeder Überschreitung von Grenzwerten bei Luftschadstoffen und Lärm energisch vorbeugen, sie lenken und bekämpfen muss. Für Hunderttausende werden die Grenzwerte nicht eingehalten - ein Krankheitsfaktor ersten Ranges.
- Zugunsten der überfälligen **Strukturreform** bei Bezirken und Gemeinden. Die Stadtentwicklung hat die engen Gemeindegrenzen verwischt und stellt die Behörden vor enorme Probleme. Diese effizient und doch demokratisch anzugehen, ist eine riesige politische Herausforderung. Es gilt aber auch, kaum mehr lebensfähige Kleinstgemeinden und den Dschungel ihrer Zweckverbände zu reorganisieren.
- Sich viel ernsthafter der Tatsache anzunehmen, dass Zürich ohne dauernde Zuwanderung abstirbt. Eine **aktive Integrationspolitik** gehört auch zur Grundhaltung der SP, an die Menschen des Kantons zu glauben und in sie zu investieren. Eine neue Mehrheit muss immer wieder für die Grundrechte unserer ausländischen MitbürgerInnen eintreten.
- Die Familien nicht nur mit lächerlichen Steuerabzügen, welche umgehend zu Leistungsabbauten führen, fördern. Wie schon bei der Lancierung der Initiative „Chancen für Kinder“, welche das Armutsrisiko Kinderhaben bekämpft, muss eine **soziale Familien-Koalition** entstehen.

Das Wahljahr 2007 kann beides bringen: Weitere vier Jahre Blockade und depressive Kostensenkungspolitik oder den Startschuss für Jahre des Aufbruchs, der Zuversicht und der Innovation.

Ruedi Lais, SP-Fraktionspräsident, April 2007